



TARIFSTREIT

Geht es um 18 Minuten täglich – oder doch um mehr?

Von Dirk Schnubel

Bei Erscheinen dieser Ausgabe gibt es möglicherweise schon eine Einigung zwischen den Tarifvertragsparteien im öffentlichen Dienst. Wenn dem so ist und die Vertragsparteien haben sich auf einen vernünftigen Kompromiss geeinigt ist das gut so. Eine schwere und schwierige Geburt war es dann jedenfalls allemal.

Historie

Nach meiner höchstpersönlichen Einschätzung war dieser Arbeitskampf von den öffentli-

Dennoch muss ein Rückblick gestattet sein. Vor einigen Jahren haben sich die (Tarif-)Vertragsparteien im öffentlichen Dienst auf eine Reduzierung der Arbeitszeit auf 38,5 Stunden geeinigt.



Tarifdemo am 23. Februar 2006 in Saarbrücken

Fotos: Dirk Schnubel

chen Länderarbeitgebern provoziert und damit so unnötig wie ein Kropf. Denn es gibt ja bereits einen Tarifabschluss im öffentlichen Dienst (TVöD neu), der allerdings nur für die Beschäftigten im Bund und den Kommunen gilt.

Ich will nicht mehr alle Sachverhalte aus der Vergangenheit aufwärmen und wiedergeben. Der Platz in dieser Ausgabe würde nie und nimmer reichen.

nigt. Wir alle erinnern uns noch daran. Der Preis für die Verkürzung der Arbeitszeit aufseiten der abhängig Beschäftigten war ein Verzicht auf Lohnzuwachs. Dieses Ergebnis wurde, wie im Übrigen alle Ergebnisse von Tarifverhandlungen, auf die Beamten-schaft übertragen. Die Verfahrensweise wurde in der Vergangenheit von allen Beteiligten als vernünftig und sachgerecht angesehen. Vernünftig und sachge-

recht deshalb, weil die Beamten-schaft keine Tarifvertragspartei ist und uns ein wesentliches Element zur Durchsetzung von berechtigten Forderungen grundgesetzlich verwehrt ist – nämlich Arbeitskämpfmaßnahmen!

Lasst euch nicht gegeneinander ausspielen!

Mit der einseitig per Gesetz der CDU-Landesregierung auferlegten Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden für die Landesbeamten wurde ein neues Kapitel im Umgang der öffentlichen Arbeitgeber mit ihren Bediensteten aufgeschlagen. Verordnen statt Verhandeln hieß offenbar ab sofort und nicht nur im Saar-

Beamten arbeiten (per order de muffti – will sagen per Gesetz) 40 Stunden – jetzt lieber Tarifbereich zieh mal schön nach.

Proteste zwangsläufig

Dass Gewerkschaften auf eine solche Provokation reagieren mussten, war eigentlich jedem klar, zumal es nicht nur um die Aushebung von Tarifrechten geht. Wenn Politiker öffentlich behaupten, dass mit der Arbeitszeitverlängerung ein Arbeitsplatzabbau einhergeht und der mit rund 250 000 Stellen beziffert wird, wenn eine Lohnerhöhung für das Mehr an Arbeitsleistung überhaupt kein Thema ist. Im Gegenteil, zu der geplanten Arbeitszeitverlängerung auch noch Einkommensverluste im Bereich der Sonderzuwendungen hingenommen werden sollen, dann darf sich niemand wundern, wenn es zu heftigen Arbeitskämpfen kommt. Es geht hier ja auch nicht um Ministergehälter! Es geht um kleine und mittlere Lohngruppen. Es



Auch bei der Demo am 15. März 2006 in Saarbrücken war die GdP mittendrin!

land die Devise. Und der vermeintlich clevere Schachzug der öffentlichen Arbeitgeber war leicht durchschaubar und mit der Botschaft verbunden: Unsere

geht hier unter anderem um den kärglichen Lohn der vielzitierten Krankenschwester, die sich für

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

ihre paar Euro tagtäglich die Hacken abrennen muss – und dazu noch eine riesige Verantwortung mit sich trägt.

Und wenn man die Beteiligung an den Streik- und Demonstrationsmaßnahmen betrachtet, muss man sachlich und nüchtern feststellen, dass für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst das Maß voll ist. Alle Veranstaltungen waren toll besucht. Und wenn man sieht, dass beispielsweise an dem Demonstrationzug durch Saarbrücken am 8. März 2006, bei einem wahren „Sauwetter“, mehr als 3000 Menschen teilgenommen haben und bundesweit fast täglich mehrere zehntausend Menschen auf der Straße waren, dann sollte das den öffentlichen Arbeitgebern zu denken geben. Dass die GdP bei allen Veranstaltungen mit einer Abordnung



Die Rednerbühne auf dem Schlossplatz mit Frank Bsirske



Trotz „Sauwetter“! Auch die GdP marschiert bei dem Protestzug mit

vertreten war, soll nur am Rande erwähnt werden, weil es für uns eine Selbstverständlichkeit war und ist, anderen solidarisch zur Seite zu stehen. Diese gelebte Solidarität haben wir in der Vergangenheit bei unseren Protesten auch erfahren.

Wirklich leere Kassen?

Und in diesem Zusammenhang muss hinterfragt werden, ob das Argument der öffentlichen Hand, „die Kassen sind leer“, wirklich so stimmt.

Die Fragen in dem Kontext könnten lauten: Hat man alles getan, die leeren Kassen zu füllen? Ist man sich wirklich sicher, dass in dieser Republik (auch im Saarland) nicht für vollkommen unsinnige Maßnahmen immer noch Unsummen von Geld ausgegeben werden? Zumindest deuten Berichte in den verschiedenen Medien daraufhin.

Die Länder wären gut beraten, den Tarifabschluss, den Bund und Kommunen abgeschlossen haben, zu übernehmen. Und dieser unsägliche Schachzug, den Beamten per Gesetz etwas zu verordnen und dann zu glauben, der Tarifbereich würde, oder müsste das ebenfalls übernehmen, sollte zukünftig unterbleiben. Es wäre fatal, wenn er zum Schachmatt führen würde.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe unseres Landesteils ist der 3. April 2006.

Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Dirk Schnubel (V.i. S. d. P.)
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis
Alte-Brauerei-Straße 3
66740 Saarlouis
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39
E-Mail: dirk.schnubel@superkabel.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 90
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6489

VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2005

Getötetenzahl weiter rückläufig

Von Bernd Brutscher

Im Jahr 2005 haben sich im Saarland deutlich weniger Verkehrsunfälle mit Getöteten ereignet als im Jahr 2004. Die Anzahl der Verkehrstoten ist um 27,6% von 76 auf nunmehr 55 Getötete gesunken. Das ist der niedrigste Wert seit der ersten Erhebung einer saarländischen Verkehrsunfallstatistik im Jahre 1953. Die

bisher höchste Zahl im Saarland wurde 1972 mit 341 getöteten Verkehrsteilnehmern verzeichnet.

Bei den Verkehrsunfällen mit Personenschäden und den Verunglückten verfestigt sich allerdings der bereits in den Vorjahren festgestellte Trend. Während bundesweit von Jahr zu Jahr leichte Rückgänge zu verzeich-

nen sind, steigen die Verkehrsunfälle mit Personenschäden und die Anzahl der Verunglückten im Saarland leicht an. Bei Verkehrsunfällen mit Personenschäden gegenüber dem Vorjahr um 0,6% und bei den Verunglückten um 1,2%. Bundesweit ist ein Rückgang 0,8% bzw. 1,5% festzustellen.

VERKEHRsunfallSTATISTIK 2005

		2005	2004	Differenz	%
VERKEHRsunFÄLLE	INSGESAMT	28.881	28.912	- 31	- 0,1
	MIT NUR SACHSCHADEN	23.750	23.809	- 59	- 0,3
	MIT PERSONENSCHADEN	5.131	5.103	+ 28	+ 0,6
VERUNGLÜCKTE	INSGESAMT	6.905	6.825	+ 80	+ 1,2
	GETÖTETE	55	76	- 21	- 27,6
	SCHWERVERLETZTE	778	750	+ 28	+ 3,7
	LEICHTVERLETZTE	6.072	5.999	+ 73	+ 1,2
SONSTIGE FOLGEN	UNFALLFLUCHT	7.780	7.673	+ 107	+ 1,4

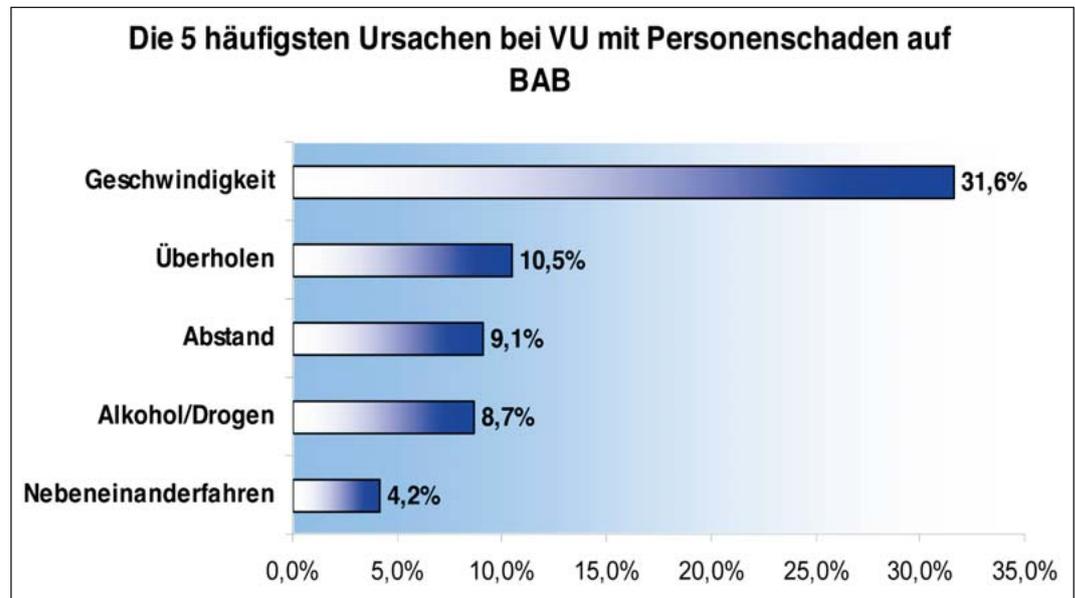
nochmals erhöht. Von 548 im Vorjahr auf 557 in 2005. Beachtenswert ist, dass zwölf Verkehrstote, das ist mehr als jeder Fünfte, der Altersgruppe der Senioren angehören.

Hinsichtlich der Hauptunfallursachen ergeben sich gegenüber den Vorjahren keine wesentlichen Veränderungen. Die für das innerörtliche Unfallgeschehen – mehr als $\frac{3}{4}$ aller Verkehrsunfälle ereignen sich hier – typischen Ursachen, Missachtung der Vorfahrt bzw. des Vorrangs und Fehler beim Abbiegen und Wenden belegen weiterhin die Spitzenplätze bei den Verkehrsunfällen mit Personenschaden. Auffallend

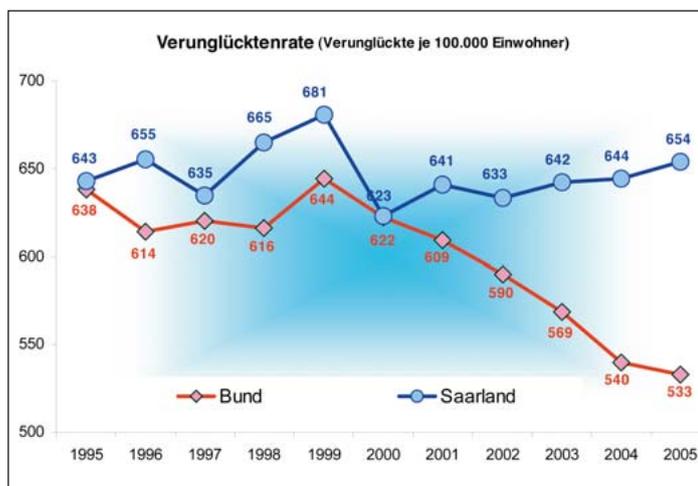
Diese Daten zeigen sich natürlich auch bei der Verunglücktenrate und der Getötetenrate. Während das Saarland bei der Getötetenrate deutlich unter dem Bundesdurchschnitt rangiert, liegt es bei der Verunglücktenrate über dem Bundesdurchschnitt.

Erfolge konnten bei der Unfallrate der jungen Fahrer und der Motorradfahrer erzielt werden.

Bei den jungen Fahrern, so wird die Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen Führerscheininhaber bezeichnet, ging der Anteil der getöteten und schwer verletzten Personen auf 124 zurück. Das sind 50 weniger als im Vorjahr. Dabei halbierte sich fast die Zahl der Getöteten. 2005 waren es sieben gegenüber 13 im Jahr 2004. Dies ist neben dem Umstand, dass die Anzahl der getöteten Zweiradfahrer von 20 im Jahr 2004 auf 11 im Jahr 2005 zurück-



ging, die positivste Feststellung der Unfallstatistik 2005.



Eine weitere erfreuliche Botschaft lautet: Kein Kind wurde 2005 bei einem Verkehrsunfall als Fußgänger, Radfahrer oder Mitfahrer in einem Kraftfahrzeug getötet. Im Jahr 2004 verloren noch vier Kinder bei Verkehrsunfällen ihr Leben.

Eine deutlich negative Tendenz weist die Statistik für die Radfahrer auf. Elf Getötete gegenüber zwei im Vorjahr und ein Anstieg der Schwerverletzten um drei auf 114 belegen diese Bewertung.

Sechs der getöteten Radfahrer gehören der Gruppe der Senioren an, nur ein getöteter Radfahrer war jünger als 35 Jahre.

Insgesamt hat sich die Anzahl der verunglückten Senioren

ist aber auch der hohe Anteil an Verkehrsunfällen, die Geschwindigkeitsverstöße als Unfallursache haben. Bei Autobahnunfällen liegt gerade dort die Dominanz.

CDU und FDP stimmen für die Kürzung des Weihnachtsgeldes

Am 15. Februar 2006 beriet der Landtag abschließend die Kürzung des Weihnachtsgeldes für Beamtinnen und Beamte. Die Lesung wurde erneut von Protesten begleitet, die von ver.di, Beamtenbund und GdP organisiert wurden. 30 Millionen Euro wird die Landesregierung zukünftig durch die Einschnitte beim Weihnachtsgeld einsparen. Hierbei erhielt sie Unterstützung von der FDP.

Durften sich die Beamtinnen und Beamten ab 1994 zumindest noch über 86,31 Prozent Weihnachtsgeld freuen, erfolgte 2004 eine gestaffelte Kürzung auf 60 bis 66 Prozent. Ab dem Jahr 2006 wird bis zur A 10 nur noch 1000 Euro und ab A 11 nur noch 800 Euro Weihnachtsgeld gezahlt. Als Familienkomponente kommt pro Kind ein Betrag von 200 Euro hinzu.

Alles in allem werden bzw. wurden die Beamtinnen und Beamten richtig heftig zur Kasse gebeten, so dass das Christkind zukünftig deutlich kleinere Brötchen wird backen müssen. Ob dies insgesamt für die schwä-

chelnde Binnenkonjunktur der richtige Weg ist, muss kritisch hinterfragt werden.

Den Protesten auch vieler GdP-ler dürfte es zu verdanken sein, dass die Kürzung bis Ende 2010, also auf fünf Jahre befristet ist. Ein kleiner aber wichtiger Erfolg, der ohne die Unterstützung und Solidarität vieler Kolleginnen und Kollegen vermutlich nicht erreicht worden wäre. Dafür auch von dieser Stelle aus nochmals Dankeschön.

Während dieser Landtagssitzung wurde auch über das Personal-Service-Center (PSC) diskutiert. Kritikpunkt der Personalvertretungen im Land war immer, dass durch das Personalvermittlungsgesetz die Mitarbeiterrechte ausgehebelt werden. Dieser Vorgang wurde in der SZ vom 16. Februar 2006 vom Redakteur Guido Peters als „Juristische Bauchlandung“ kommentiert. Peters warf der CDU vor, dass bei dem neuen Personalvermittlungsgesetz „die Mitarbeiterrechte auf der Strecke bleiben“.

Dirk Schnubel



Anlässlich der Abstimmung zum Weihnachtsgeld zeigte die GdP erneut Flagge. Foto: GdP

Es ist wieder soweit:

Liebe Kolleginnen, Liebe Kollegen,

das 5te GdP-Zeltlager findet im Zeitraum vom 20.07.2006 bis 24.07.2006 am Bostalsee statt.

Die Veranstaltung ist wieder für eine Teilnehmerzahl von ca. 40 Kindern geplant. Unsere Kids werden ganztägig betreut und verpflegt. Für das leibliche Wohl sorgt Kollege Bernd Nagel von der Kreispolizeibehörde St. Wendel. Der Landkreis St. Wendel hat uns die sanitären Einrichtungen der „Surferbasis“ in Gonnweiler wieder zur Verfügung gestellt. Der Vereinsplatzplatz liegt ca. 100m vom See entfernt oberhalb des Parkplatzes an der Surferbasis.

Der Eigenbeitrag für die Teilnahme liegt pro Person bei 50,- Euro.

Dieser Betrag wird bei Anmeldung der Teilnehmer fällig und ist bei dem jeweiligen Kreisgruppenvorsitzenden zu entrichten. Sollten mehr als 40 Teilnehmermeldungen eingehen, so werden die Anmeldungen nach der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Zur Anmeldung der/des Teilnehmer(s) bitte das beiliegende/anhängende Formular benutzen!

Anmeldeschluss ist Freitag der 02.05.2006

Rückfragen unter Tel.: 0681/962-1511 (Rudolf Ewen) oder 0681/84124 10 (GdP-Landesgeschäftsstelle) möglich.

POLITIK UND GdP

Interview mit Karl Josef Jochem, FDP

Deutsche Polizei

Herr Jochem, Ihr Bundesvorsitzender, Guido Westerwelle, hat in der Vergangenheit mehrfach und bisweilen mit überdeutlicher Wortwahl seiner prinzipiell ablehnenden Haltung gegenüber den Gewerkschaften Ausdruck verliehen. Wie stellt sich diesbezüglich die Denkweise der saarländischen FDP dar?

Karl Josef Jochem

Gewerkschaften haben viel zum Aufbau Deutschlands und zum sozialen Frieden beigetragen. Diese Rolle müssen sie auch weiterhin erfüllen. Wenn Guido Westerwelle eine kritische Haltung eingenommen hat, dann be-

zieht er sich auf die Möglichkeit von Gewerkschaften, Bündnisse auf betrieblicher Ebene zu verhindern. Wenn Entscheidungen von Funktionären Arbeitsplätze verhindern, ist das zutiefst unsozial und wird aus unserer Sicht mit Recht von Guido Westerwelle kritisiert. Gewerkschaften nehmen auch weiterhin eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft wahr, ihr Einfluss darf aber auf betrieblicher Ebene nicht Lösungen verhindern, die die große Mehrheit der Arbeitnehmer will.

Deutsche Polizei

Die FDP stellt im saarländischen Landtag drei Abgeordnete. Ist es trotzdem für Sie möglich,

POLITIK UND GdP

die unterschiedlichen Politikfelder qualitativ angemessen abzudecken bzw. zu bearbeiten?

Karl Josef Jochem

Bei lediglich drei Abgeordneten ist die Fülle der Politikfelder für den einzelnen Abgeordneten natürlich groß. Ich bin beispielsweise Mitglied im Innen-, Umwelt-, Europa- und Eingabenausschuss. Sowohl der Innen- als auch der Unterausschuss sind zudem weit gefächert. So befasst sich der Innenausschuss unter anderem auch mit den Themen Familie, Frauen, Jugend, Datenschutz und Sport. Meine über drei Jahrzehnte lange berufliche Tätigkeit als Polizeibeamter bei der uniformierten Polizei im Wechselschichtdienst, beim Landesamt für Verfassungsschutz und beim Landeskriminalamt, davon überwiegend im Dezernat Umweltkriminalität, kommt mir aber gerade bei meiner Arbeit im Innen- und Unterausschuss, jedoch auch im Europaausschuss – zum Beispiel bei grenzüberschreitender Kriminalitätsbekämpfung – zugute. Trotzdem ist es notwendig, sich Schwerpunkte zu setzen, weil die Fraktionsgröße, anders als bei den größeren Fraktionen, nicht ausreicht, um alles abzudecken. Vor dem Hintergrund meines beruflichen Werdegangs habe ich mir deshalb Schwerpunkte bei den Bereichen Innere Sicherheit und Umwelt gesetzt.

Deutsche Polizei

Die FDP formuliert häufig ihren Anspruch, in besonderem Maße für die Freiheit der Bürger einzutreten. Bisweilen steht man daher den aktuellen Tendenzen zur Ausweitung polizeilicher und nachrichtendienstlicher Kompetenzen im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung ablehnend oder kritisch gegenüber. Wie sehen Sie das als innenpolitischer Sprecher und Polizist?

Karl Josef Jochem

Die FDP will Bürgerrechte wieder stärker in der Politik verankern. Dies ist gerade in einer Zeit notwendig, in der Demokratien unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung Bürgerrechte aufgeben, wenn wir beispielsweise an Vernehmungsmethoden der USA denken. Als Polizeibeamter kenne ich aus vie-

len Jahren die Arbeit vor Ort im Ermittlungsdienst aus eigener Erfahrung. Das ermöglicht mir den sachgerechten Überblick. Als Volksvertreter sind wir der Sicherheit der Bürgerinnen und



Karl Josef Jochem Foto: FDP

Bürger verpflichtet und müssen alles tun, um die größtmögliche Sicherheit für die Bürger zu gewährleisten. Wir sind aber auch verpflichtet, die Freiheiten der Bürger zu gewährleisten. Diesen schmalen Grat müssen wir gehen. Maßnahmen, deren Beitrag zur Sicherheit fragwürdig sind, die sich aber populistisch gut verkaufen und letztlich nur die Freiheiten der Bürger einschränken, lehnen wir ab.

Deutsche Polizei

Wie bewerten Sie grundsätzlich die innen- und sicherheitspolitische Lage in Deutschland und im Saarland?

Karl Josef Jochem

Deutschland ist beim islamistisch-fundamentalistischen Terror nicht von einer Bedrohung ausgeschlossen. Auch das Saarland ist keine Insel der Glückseligen. Erfahrungen der 70er Jahre mit der RAF haben gezeigt, dass es im Saarland zwar keine Anschläge gab, dass das Saarland aber wegen seiner Grenzlage als Ruheraum von Terroristen genutzt wurde.

Ähnliches gilt für den Bereich der Kriminalität. Hier steht das Saarland im Vergleich der Bundesländer immer noch gut da, Schwächen bei der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung werden aber von Straftätern immer wieder gezielt genutzt. Wir dürfen deshalb hier im Land nicht die Hände in den

Schoß legen, sondern müssen gegengesteuern.

Deutsche Polizei

Die GdP setzt sich immer wieder konstruktiv-kritisch mit den die saarländische Polizei betreffenden strukturpolitischen Entscheidungen der Landesregierung auseinander. Wie ist die Haltung der FDP aus dem Blickwinkel der Opposition insbesondere zur Aufbauorganisation, der quantitativen Personalplanung, den Stellenplan- und Beförderungsstrukturen und zur Ausstattung bei der Polizei im Saarland?

Karl Josef Jochem

Durch Fehler der SPD-geführten Vorgängerregierung fehlen im Saarland vor allem Beamte mittleren Alters. Die FDP hat dieses Vorgehen in den Neunziger Jahren vehement kritisiert und Neueinstellungen gefordert.

Die jetzige Landesregierung hat zwar Neueinstellungen vorgenommen, allerdings weniger, als sie vor der Wahl angekündigt hatte. Die schlechte finanzielle Lage, mit der die geringere Zahl der Neueinstellungen jetzt begründet wird, war der CDU jedoch schon vor der Wahl bekannt.

Bei der Überprüfung des Konzepts „Polizei 2000 plus“ hätten wir uns mehr Unabhängigkeit gewünscht. Es ist nicht hilfreich, wenn die Polizeistruktur von den gleichen Gremien überprüft wird, die sie entwickelt haben.

Bei der Stellenbesetzung muss die Landesregierung stärker als bisher die Tätigkeit von Beamten auf die Kernaufgaben hoheitlicher Tätigkeit beschränken. Eine Anfrage der FDP-Fraktion zu polizeifremden Tätigkeiten hat

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige



GdP Vogesen Motorradtour 2006



5 Tage Feinschmecker-Tour vom 19.07.06 - 23.07.06

Herrliche Landschaften, wenig Verkehr, genial dahinschlängelnde Straßen auf bestem Asphalt serviert.

Tourablauf

- 1. Tag: Individuelle Anreise bis 18.00 Uhr
- 2. Tag: Südliche Vogesen über Ballon d' Alsace und Grand Ballon
- 3. Tag: Auf und Ab am Col de la Schlucht
- 4. Tag: Rund um le Hohwald
- 5. Tag: Nördliches Elsass über Col du Donon, am Ursprung der Saar vorbei bis sich unsere Wege irgendwo an der deutschen Grenze trennen.

Sonstiges:

Gerne buchen wir auch eine zusätzliche Übernachtung nach der Tour. Auch die Anreise am Vortag mit den Tourguides ist möglich. Auf Anfrage kann die An- und Abreise für Anreisende oberhalb des Ruhrpottes mit dem Motorradexpress erfolgen.

In unserem Angebot sind folgende Leistungen enthalten:

4 geführte Tourtage, Kartenmaterial, 4 Übernachtungen im Feinschmecker Hotel Kapuzinergarten mit Dusche/WC, Halbpension, Eintrittsgeld bei gemeinsamen Besichtigungen, Straßengebühren und ein Versicherungsschein!

Nicht enthalten sind:

Benzin, Mittagessen, Getränke sowie eine Reiserücktrittversicherung!

Hotelschrift:

Hotel Restaurant Kapuzinergarten, Kapuzinergasse 26, D - 79206 Breisach am Rhein

Weitere Hotelinformationen unter www.kapuzinergarten.de

(Änderungen vorbehalten)

Veranstalter: Ollis Motorrad Reisen

Preis Fahrer: 390,- Euro
Preis Mitfahrer: 340,- Euro

Anmeldeschluss: 21. April 2006

0681-84 12 40 Fax: 0681-84 12 424

Fortsetzung von Seite 5

gezeigt, dass von Beamten noch zu viele Aufgaben wahrgenommen werden, welche auf Angestellte übertragen werden oder privatisiert werden können. Dadurch würden wir dem Saarland finanziell Luft verschaffen, um der Polizei die nötige Ausstattung und Beförderungsstellen zu ermöglichen. Nur das schafft bei den Polizeibeamten auf Dauer Motivation.

Denn eines ist für mich als Liberaler klipp und klar: Ich stehe für eine gut ausgebildete und ausgestattete und damit hoch motivierte Polizei als einen Beitrag zur politischen und wirtschaftlichen Eigenständigkeit des Saarlandes.

Deutsche Polizei

Die Landesregierung hat einen Gesetzesentwurf zur Reduzierung der jährlichen Sonderzuwendung bei den Beamtinnen und Beamten eingebracht. Wie ist hierzu die Haltung der FDP?

Karl Josef Jochem

Bei der finanziellen Lage des Saarlandes muss auch der Öffentliche Dienst seinen Sparbeitrag leisten. Aber wir verlangen, dass es eine Gleichbehandlung von Beamten und Angestellten gibt. Es ist nicht gerecht, dass Angestellte eine kürzere Arbeitszeit haben und ein höheres Weihnachtsgeld erhalten, oft auch noch in Fällen, in denen Angestellte und Beamte die gleiche Tätigkeit ausüben.

Deutsche Polizei

Die an der Großen Koalition Beteiligten haben weitreichende Schritte im Rahmen einer Föderalismus-Reform vereinbart. Hierzu gehört insbesondere die Verlagerung der Beamtenbesoldung und -versorgung in die Zuständigkeit der Länder. Wie denken Sie hierüber?

Karl Josef Jochem

Es besteht die Gefahr einer Besoldung nach Kassenlage, weil das Saarland zu den finanzschwächsten Bundesländern gehört. Andererseits kommt den Beamten zugute, dass wegen der überschaubaren Größe unseres Landes eine weite Versetzung, wie sie in anderen Bundesländern selbstverständlich ist, im Saarland gar nicht möglich ist. Wenn wir also eine wohnortnahe Beschäftigung im Saarland sicherstellen wollen, müssen wir uns für die Eigenständigkeit des Saarlandes einsetzen, auch wenn damit eine geringere Besoldung einhergehen kann. Die bisherige Erfahrung zeigt außerdem, dass es Beamten in den reicheren Bundesländern nicht automatisch besser geht.

So hat man in anderen Bundesländern das Pensionsalter für Polizeibeamte schon heraufgesetzt, während im Saarland alles beim Alten bleibt. Im Übrigen sind die Lebenshaltungskosten gerade in den reicheren Bundesländern höher als im Saarland, insbesondere in Ballungsgebieten.

– keine Szene ist für die Kamera inszeniert oder nachgestellt.

„Karcher“ zeigt den ungeschminkten Alltag von Polizeibeamten und beleuchtet die Nachtseiten der immer wieder gern gezeigten „Saarlandidylle“. Eine unruhige, zuweilen

gnadenlose Kamera fängt Bilder noch nie gesehen hat, die den ein, die man so im SR-Fernsehen Zuschauer nachdenklich stim-



Wache Karcherstraße

Foto: Jörg-Peter Bierach

Anzeige

Freundschaftsreise der GdP Saar in die Toscana

vom 01.10. – 07.10.2006



Leistungen

- ◆ moderner Fernreisebus (WC, Klimaanlage, Bordküche) mit ortskundigem Fahrer
- ◆ ständige, Deutsch sprechende Reiseleitung von Toscana Tours
- ◆ 6 x ÜN mit Frühstücksbüffet in einem 4-Sterne Hotel in Forte dei Marmi
- ◆ Begrüßungscocktail im Hotel am 1. Tag
- ◆ 4 x HP im Hotel (ohne Getränke)
- ◆ 1 x Weinprobe auf einem Weingut in Montecarlo (Lucca) am 2. Tag
- ◆ 1 x Trattorienessen in Montecarlo (inkl. Getränke) am 2.Tag
- ◆ 1 x Trattorienessen in Pietrasanta (inkl. Getränke) am 5. Tag
- ◆ Bootsfahrt in den Cinque Terre
- ◆ Eintritt in den Dom von Pisa
- ◆ Führungen in Lucca + Montecarlo, Florenz, Cinque Terre, Marmorberge + Pietrasanta und Pisa durch örtliche, deutschsprachige Führer
- ◆ Reisepreisversicherungsschein (Insolvenzversicherung)

Reisepreis pro Person im DZ bei 30 Teilnehmern: 695,- €

Reisepreis pro Person im DZ bei 35 Teilnehmern: 675,- €

Reisepreis pro Person im DZ bei 40 Teilnehmern: 655,- €

Einzelzimmerzuschlag: 130,- €

Infos und Anmeldung beim Sozialwerk der GdP-Saarland

0681 - 841240

Veranstalter:



FERNSEHTIPP MAG'S

„KARCHER – das härteste Polizeirevier im Saarland“

Ein angeblich Aidskranker wird bei einem Einbruch erwischt und beißt einen Arzt, ein Drogensüchtiger fällt vom Fahrrad und muss schnell versorgt werden, eine ältere Dame hat sich im Einkaufszentrum verirrt und will nach Hause gebracht werden – die neue vierteilige SR-TV-Serie „Karcher“ zeigt Menschen in Extremsituationen. Redakteur und Filmautor

Jörg-Peter Bierach drehte monatelang im Laufschrift: Selbstmordversuche, Schlägereien, häusliche Gewalt, Autounfälle, Diebstahlsdelikte, Drogenkriminalität.

Ganz im Gegensatz zu den „Polizeiserien“ des Privatfernsehens richtet sich der Blick auf soziale Verwerfungen in einer sich schnell wandelnden Gesellschaft,

FERNSEHTIPP MAG'S

men: traurig, zuweilen tragikkomisch. Immer spannend.

Start der Serie: Donnerstag, 20. April 2006, 20.15 Uhr im Fernsehmagazin „MAG'S“ im Dritten.

Dazu im Studio der renommierte Kriminologe Prof. Dr. H. H. Kühne (Universität Trier). Weitere Sendetermine: 27. April, 4. Mai und 11. Mai 2006, jeweils in „Mag's“ ab 20.15 Uhr.

Der Autor

Jörg-Peter Bierach, Jahrgang 1950, drehte bereits 1997 den überregional ausgestrahlten Polizeifilm „Wut, Kälte, Hölle“ sowie 1999 die 60-Minuten-Dokumentation „Abgrund, aus der Arbeit einer Mordkommission“. Vor vier Jahren entstand das einstündige Täterportrait „Vier Mörder“, eine Knastdokumentation über vier lebenslanglich Verurteilte.

DGB

1. Ordentliche Bezirkskonferenz Muscheid und Roth mit großer Mehrheit im Amt bestätigt

Auszüge aus der Pressemitteilung des DGB Saar

Die Führungsspitze des DGB West ist heute auf der 1. Ordentlichen Bezirkskonferenz des DGB in Frankenthal für weitere vier Jahre gewählt worden. Der rheinland-pfälzische DGB-Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid (48 Jahre) wurde mit 93% wiedergewählt. Sein Stellvertreter, der saarländische DGB-Landesvorsitzende, Eugen Roth (48 Jahre) erhielt 100% der abgegebenen Stimmen. Für beide ist es in dieser Funktion die 2. Wahlperiode.

In seinem mündlichen Geschäftsbericht zog Muscheid eine positive Bilanz.

Muscheid: „Wir haben in den letzten Jahren viel bewegt. Die Zusammenarbeit zwischen den DGB-Landesverbänden Rheinland-Pfalz und Saar klappt hervorragend. Wir sind für die Zukunft gut aufgestellt.“

Scharf kritisierten Muscheid und Roth das Verhalten der Arbeitgeber im Rahmen der Tarifaufeinandersetzung im öffentlichen Dienst. Die Politik der Arbeitszeitverlängerung sei falsch, es gehe hier nicht um plakative 18 Minuten, die die Beschäftigten im öffentlichen Dienst länger arbeiten sollen, sondern es gehe um den verschleierte Abbau von Arbeitsplätzen. Wer

der Arbeitszeitverlängerung das Wort rede, der vernichte Arbeitsplätze und vernichte die Zukunftschancen der Jugendlichen.

Muscheid und Roth appellierten an die Ministerpräsidenten Beck und Müller, sich dafür einzusetzen, dass der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) einheitlich von allen Ländern übernommen werde. Nur so könne Chancengleichheit zwischen den Ländern und die notwendige Gleichbehandlung aller Beschäftigten sichergestellt werden.

Auf einhellige Ablehnung der Konferenz stieß die Absicht der Bundesregierung, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre zu verlängern.

Muscheid: „Wer keine Jobs für über 50-jährige schafft, verantwortet mit einem Rentenbeginn ab 67 schlicht eine Rentenkürzung, die für viele Menschen bei der aktuellen durchschnittlichen Rente von 1000 Euro (Männer) bzw. 400 Euro (Frauen) Altersarmut bedeutet.“

Roth betonte: „Die Erhöhung des Renteneintrittsalters ist eine Sackgasse, für die überwältigende Mehrheit der Arbeitnehmer wird es voraussichtlich keine Möglichkeit geben, bis zum 67. Lebensjahr zu arbeiten.“

FÖDERALISMUS

Wirkliche Reform oder Sparpaket?

Von Dirk Schnubel

Neben den Tarifaufeinandersetzungen beherrscht in den letzten Wochen ja Monaten die Föderalismusreform die Diskussion in der politischen Landschaft. Worum geht es vereinfacht ausgedrückt? Die (Gesetzgebungs-)Zuständigkeit zwischen dem Bund und den Ländern soll neu geregelt werden. Fast alle Bereiche sind davon betroffen. Die Landtage sollen mehr, die Länderkammer (Bundesrat) weniger Kompetenzen erhalten.

Insgesamt versprechen sich die Befürworter ein flexibleres Regierungssystem. Sehr kontrovers diskutiert werden in diesem Zusammenhang die Bereiche Bildung und Besoldung.

sammenhang die Bereiche Bildung und Besoldung.

Fortsetzung auf Seite 8

Anzeige

Blaulichtmilieu PARTY

21. April 2006 ab 20 Uhr
Bel Étage
 in der Spielbank Saarbrücken
 DFG-Deuschmühlenthal

Eintritt 4,- € Vorverkauf
 5,- € Abendkasse

mit DJ Thomas

Die Disco-Party für Feuerwehr, Krankenhaus, Zoll, Rettungsdienst, THW, Justiz, Polizei usw. alle die im Blaulichtmilieu arbeiten

Karten und Infos:
 Jens.Berner@JUNGEGRUPPE-Saarland.de
 0176 - 205 430 39 oder
 Nathalie.Lambert@VERDI.de

GdP JUNGE GRUPPE SAARLAND ver.di JUGEND GUV Sparda-Bank DGB Saar

Mit freundlicher Unterstützung von GUV Sparda-Bank

V.i.S.d.P. Gewerkschaft der Polizei Saar, JUNGE GRUPPE, Jens Berner, Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken

Fortsetzung von Seite 7

Blick zurück

Bereits zu Zeiten der Rot-Grünen Regierungskoalition wurde die föderale Reform heftig diskutiert, letztlich aber nicht auf den Weg gebracht, weil eine 2/3-Mehrheit des Bundestages für eine notwendige Grundgesetzänderung nicht vorhanden war. Von den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst wurde die angedachte Verlagerung von beamtenrechtlichen Vorschriften auf die Länder kritisch gesehen.

Neue politische Lage

Durch die Große Koalition gibt es eine neue politische Mehrheitslage. Und so durfte es nicht verwundern, dass das Thema Föderalismusreform wieder auf der politischen Tagesordnung steht. Dass sich die Große Koalition relativ schnell auf die Grundzüge verständigt hat, verwundert nicht. Dass hierbei das Parlament, also die vom Volk gewählten Vertreter quasi übersehen wurden, allerdings schon mehr. Von daher ist es nach meinem Demokratieverständnis erfreulich, dass das Parlament nun so langsam seiner Kontrollfunktion nachkommt und an der einen oder anderen Stelle die angedachten Veränderungen kritisch hinterfragt und damit den vorgelegten „Schweinsgalopp“ verlangsamt. Gerade hier muss das Prinzip Genauigkeit vor Schnelligkeit gelten.

Knackpunkte

Die zugegebenermaßen schwierigen und komplizierten Felder Laufbahnrecht, Besoldung und Versorgung im öffentlichen Dienst, soll und will zukünftig jedes Land selbst für seinen Bereich regeln. Ohne irgendjemand zu nahe zu treten muss bezweifelt werden, ob jedes einzelne Landesparlament die personelle Kompetenz hat, die entsprechenden Regelungen auf den Weg zu bringen. Und wenn die Länder zukünftig nur voneinander ab-

schreiben, kann man es meiner Einschätzung nach auch gleich in einer Hand lassen. Der wahre Hintergrund könnte allerdings der sein, dass die Länder zukünftig ihre Beschäftigten nicht mehr nach der erbrachten Leistung, sondern nach der jeweiligen Kassenlage bezahlen und versorgen wollen.

Ein Blick zurück zeigt übrigens, dass die Länder bis 1971 genau diese Regelungskompetenzen hatten und diese nicht mehr wollten. Seit 1971 hat sich die gemeinsame Ausgestaltung des Dienstrechts unter Federführung des Bundes bewährt. Es kam in diesen fast 35 Jahren zu lediglich vier Verfahren vor dem Vermittlungsausschuss des Bundesrates.

Gerade den kleineren und ärmeren Ländern würde ein Ausverkauf drohen, gerade sie könnten eventuell gutes und motiviertes Personal nicht mehr bezahlen, sodass diese abwandern würden, so die Kritiker der Reform.

Ob dies später so sein wird, kann ich schwer einschätzen. Ich erinnere mich aber an einen kürzlich in der SZ veröffentlichten Bericht zum demografischen Wandel, wonach aus dem Lager der 20- bis 40-jährigen Saarländer überproportional viele Menschen das Land verlassen. Eine Regierung, die dieses Land langfristig erhalten will, muss auch diesem Umstand bei der Diskussion um die Besoldung und Versorgung des öffentlichen Dienstes Rechnung tragen.

KG SAARLOUIS

Am 8. Februar 2006 konnte Frau Maria Jungmann ihren 85ten Geburtstag feiern. Die besten Geburtstagsgrüße überbrachte unser Seniorenvertreter Manfred Kneip. Da doppelt genährt bekanntermaßen besser hält: Liebe Maria, auch von dieser Stelle aus nochmals alles Gute zum Geburtstag.

Dirk Schnubel

Deutsche Einheit 2006



Für die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland.
Gegen die Kleinstaaterei der Großen Koalition.

www.beamten-informationen.de



LANDESDELEGIERTENTAG 2006 IN ST. INGBERT

Unter dem nebenstehenden Motto findet am 6. und 7. April 2006 der 19. Ordentliche Landesdelegiertentag der GdP Saar in der Stadthalle St. Ingbert statt. Beginn ist jeweils um 9.30 Uhr. Am ersten Tag stehen die Berichte, Ehrungen und Wahlen im Vordergrund. Gewählt werden müssen u. a. der/die Vorsitzende, vier gleichrangige Stellvertreter, der/die Schriftführer/in, der/die Kassierer/in. Der Donnerstag findet seinen Ausklang mit einem „Stehempfang“ im Foyer. Schwerpunkte des zweiten Tages werden sein: Grußworte, u. a. des GdP-Bundsvorsitzenden, sowie die Festreden der saarl. Innenministerin und des GdP-Landesvorsitzenden. Außerdem soll ein Leitantrag verabschiedet werden. Zu der Veranstaltung sind neben den

Delegierten auch alle interessierten Kolleginnen und Kollegen eingeladen. Weitere Hinweise auch unter: www.gdp-saarland.de

